

**Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften
und Denkmalpflege
am 18.09.2018
um 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Großer Sitzungssaal**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Ernst Otto Mähler

Stellvertretender Vorsitz

Herr Jürgen Kucharczyk

Ratsmitglieder

Herr York Edelhoff

für Herrn Klaus Grunwald

Herr Kurt-Peter Friese

Herr Heinz Jürgen Heuser

Frau Gabriele Kemper-Heibutzki

Herr Thorsten Schwandt

Frau Rosemarie Stippekoehl

Herr Peter-Edmund Uibel

Herr Ralf Wieber

Sachkundige Bürger/innen

Herr Florian Böker

Herr Michael Büddicker

Frau Jill Gerber

Herr Lars Jochimsen

Herr Sigmar Paeslack

Herr Hans Lothar Schiffer

Herr Philipp Veit

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Frank Hufschmidt

Herr Martin Klück

Beigeordneter

Herr Peter Heinze

Dezernat 4.00 - Stadtentwicklung, Bauen und
Wirtschaftsförderung

Von der Verwaltung

Herr Burkhard Fey

Fachdienst 4.12 - Stadtentwicklung, Wirt-
schaft und Liegenschaften

Herr Ingo Lückgen

Fachdienst 4.12 - Stadtentwicklung, Wirt-
schaft und Liegenschaften

Herr Frank Schulz

Fachdienst 4.12 - Stadtentwicklung, Wirt-
schaft und Liegenschaften

Frau Sabine Strüwe Rosenbaum

Fachdienst 4.12 - Stadtentwicklung, Wirt-
schaft und Liegenschaften

Schriftführer/in

Herr Hans-Ulrich Dattner

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Bürger/innen

Herr Klaus Grunwald

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Domenico Larocca

Tagesordnung

- | | | |
|------------|---------|---|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 26.06.2018 |
| 3 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 4 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 5 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 6 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 7.1 | 15/5319 | Bebauungsplan 641 / Adam-Stegerwald-Straße |
| 8 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung |
| 8.1 | | Masterplan Grünes Städtedreieck - Region mit Weitsicht
- Anfrage Herr Schiffer |
| 8.2 | | Sachstand Umorganisation und Entwicklung in der Bauverwaltung
- Anfragen Herr Kucharczyk, Herr Klück und Herr Wieber |
| 8.3 | | Lkw-Andienungsverkehr Härtereier Carl Gommann GmbH, Dreielstraße
- Anfrage Herr Kucharczyk |
| 8.4 | | P & R-Parkhaus am Hbf Remscheid - Aktueller Sachstand?
- Anfrage Herr Kucharczyk |
| 9 | | Jahresarbeitsplan Bauleitplanung
- Mdl. Bericht der Verwaltung |
| 10 | 15/4964 | Kommunaler Wohnbauflächenpotenzialatlas |
| 11 | 15/5199 | Gestaltungsleitfaden Innenstadt - Beschluss |
| 12 | 15/5207 | Gestaltungshandbuch Innenstadt - Beschluss |
| 13 | 15/5066 | Einziehung des südlichen Teils des Fußweges im Bereich der Alma-Mühlhausen-Straße |
| 14 | 15/5239 | Widmung der Straße „An der Tuchwiese“ |
| 15 | 15/5231 | Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für die bauliche und technische Unterhaltung sowie Sicherheitsdienste und Hausmeistervertretungen in städt. Gebäuden |

- 16** 15/5334 P+R im Umfeld des Haltepunktes Bf Lennep
- 17** 15/5087 Vermarktung der Flächen im Gewerbegebiet am Lennep Bahnhof
(Grundstück 9 und 10) stoppen und Einrichtung von P&R-Parkplätzen
prüfen
Antrag der CDU-Fraktion

Herr Mähler eröffnet die Sitzung.

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Dem Ausschuss liegen per Nachtrag zugestellt die Drucksache 15/5319, die Drucksache 15/5087 vom 20.06.2018 und die Ankündigung der Verwaltung für einen mündlichen Bericht zum Thema „Jahresarbeitsplan Bauleitplanung“ zur Beratung vor.

Ferner liegt dem Ausschuss per Tischvorlage eingebracht die Drucksache 15/5334 vom 14.09.2018 zur Beratung vor.

Herr Mähler lässt daraufhin über die Aufnahme der neu gemeldeten Punkte in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

- 15/5319
Bebauungsplan 641 / Adam-Stegerwald-Straße
- 15/5087
Vermarktung der Flächen im Gewerbegebiet am Lennep Bahnhof (Grundstück 9 und 10) stoppen und Einrichtung von P&R-Parkplätzen prüfen
Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung 3 – Lennep
hier: Beratungsergebnis der Bezirksvertretung 3 – Lennep
Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt
hier: Beratungsergebnis des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz
- Jahresarbeitsplan Bauleitplanung
- Mdl. Bericht der Verwaltung
- 15/5334
P+R im Umfeld des Haltepunktes Bf Lennep

erweitert.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Tagesordnung zur Kenntnis

Auf Bitten von Frau Stippe Kohl wird der neu aufgenommene Punkt „P+R im Umfeld des Haltepunktes Bf Lennep“ (Drucksache 15/5334) hinter Punkt 14 (alt) (Drucksache 15/5231) behandelt.

Auf Wunsch der Verwaltung wird der neu aufgenommene Punkt „Jahresarbeitsplan Bauleitplanung, Mdl. Bericht der Verwaltung“ nach dem Punkt 8 (Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung) behandelt.

Die Beratungsfolge der übrigen Punkte verschiebt sich entsprechend.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 26.06.2018

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

3. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

Schriftliche Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

4. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

Mitteilungen der Verwaltung gemäß Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

5. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

6. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**7.1. Bebauungsplan 641 / Adam-Stegerwald-Straße
Vorlage: 15/5319**

Herr Kucharczyk legt Hintergrund und Zielsetzung des vorliegenden Antrags der SPD-Fraktion noch einmal zusammenfassend dar.

Herr Mähler stellt daraufhin den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Möglichkeit geschaffen werden kann, über die im Besitz der Stadt befindliche Fläche, die Grundstücke (Bebauungsplan 641) zu erreichen.

8. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

8.1. Masterplan Grünes Städtedreieck - Region mit Weitsicht - Anfrage Herr Schiffer

Herr Schiffer bittet den Vorsitzenden darum, das von der Verwaltung für verschiedene politische Gremien zur Beratung angemeldete Thema „Masterplan Grünes Städtedreieck – Region mit Weitsicht“ auch im Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege zur Beratung zu stellen. Hiergegen erhebt niemand Widerspruch.

8.2. Sachstand Umorganisation und Entwicklung in der Bauverwaltung - Anfragen Herr Kucharczyk, Herr Klück und Herr Wieber

Herr Kucharczyk erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Umsetzung der von der Verwaltung seinerzeit vorgestellten Überlegungen und Planungen zur Umorganisation innerhalb der Bauverwaltung.

Herr Heinze nimmt zu der Anfrage Stellung und erklärt, dass die Untere Bauaufsichtsbehörde zurzeit ein bestimmtes Kontingent an Beratungsterminen vergebe. Von einer ins Auge gefassten Erweiterung des Beratungsangebotes auf 2 Tage in der Woche sei man mit Blick auf die notwendigen Vorarbeiten vor Inkrafttreten der neuen Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen zum 01. Januar 2019 zunächst abgerückt, man verfolge dieses Konzept allerdings weiter und wolle dies zu einem späteren Zeitpunkt auch umsetzen.

Auf Nachfrage von Herr Mähler nach dem Stand des Verfahrens zur geplanten Einstellung einer neuen Stadtplanerin / eines neuen Stadtplaners verweist Herr Heinze darauf, dass die Verwaltung diese Angelegenheit dem Rat der Stadt zu seiner kommenden Sitzung zur Beratung und Entscheidung vorgelegt habe, nachdem sie das entsprechende Bewerbungs- und Vorstellungsverfahren habe abschließen können.

Herr Klück richtet an dieser Stelle die Frage an die Verwaltung, ob und inwieweit im Fachdezernat Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaftsförderung Überlastungsanzeigen erstattet worden sind.

Herr Heinze nimmt zu der Anfrage Stellung und merkt hierzu an, dass er aus dem Bereich der Städtebauförderung demnächst entsprechende Überlastungsanzeigen erwarte. Darüber hinaus seien ihm aktuell keine Überlastungsanzeigen bekannt.

Herr Wieber bittet die Verwaltung um Auskunft, ob es richtig sei, dass der bzw. die von Herrn Mähler angesprochene neue Stadtplaner/in sich explizit mit dem Thema „Alleestraße“ befassen werde.

Herr Heinze stellt hierzu fest, dass es sich bei der in Rede stehende Stelle um die Leitung des Fachdienstes Stadtentwicklung, Wirtschaft und Liegenschaften handle. Dieser Stelle sei also eine Vielzahl an Querschnittsaufgaben aus den genannten Bereichen zugeordnet.

8.3. Lkw-Andienungsverkehr Härterei Carl Gommann GmbH, Dreieckstraße - Anfrage Herr Kucharczyk

Auf Nachfrage von Herrn Kucharczyk berichtet Herr Heinze über die aktuelle Entwicklung der im Raum stehenden Optimierung der verkehrlichen Anbindung der Firma Gommann an

das Straßennetz und teilt mit, dass die seinerzeit angesprochene Untersuchung der Felsformation durch einen externen Gutachter für den ins Auge gefassten Ausbau der Einmündung der Dreiangelstraße in die Hastener Straße im Bereich Gerstau inzwischen abgeschlossen worden sei.

Herr Fey führt ergänzend hierzu aus, dass neben dem Bodengutachter auch ein Verkehrsplanungsbüro hinzugezogen worden sei. Aktuell gehe die Verwaltung davon aus, dass man die Planung zu der in Rede stehenden baulichen Anpassung und Erneuerung der Dreiangelstraße in 2018 werde abschließen können, so dass man in 2019 mit der Umsetzung dieser Maßnahme rechne. Zu diesem Zweck habe die Verwaltung in den Haushalt 2019 / 2020 bereits entsprechende Finanzmittel eingeworben.

Auf Nachfrage von Herrn Mähler bestätigt Herr Heinze, dass man mit der Firma Gommann in Kontakt stehe und mit ihr nach Vorliegen der konkreten Daten zu Inhalt, Umsetzung und Kosten der in Rede stehenden Maßnahme weitere Abstimmungsgespräche führen werde.

8.4. P & R-Parkhaus am Hbf Remscheid - Aktueller Sachstand? - Anfrage Herr Kucharczyk

Herr Kucharczyk erkundigt nach dem Stand der im Raum stehenden Überlegungen, wie man das P & R-Parkhaus am Hauptbahnhof Remscheid auch mit Blick auf die für Ende diesen Jahres zu erwartende Eröffnung des Kinos an diesem Standort in einen für die Benutzer akzeptablen Zustand versetzen und diesen auf Dauer erhalten kann.

Herr Heinze nimmt hierzu Stellung und führt aus, dass die Verwaltung momentan mit der Entwicklung und Ausarbeitung eines entsprechenden Konzeptes befasst sei. Bekanntlich habe man das Sicherheitsniveau in einem ersten Schritt bereits deutlich anheben können, indem man beispielsweise viele Platzverweise ausgesprochen habe. Aktuell habe die Verwaltung weitergehende Untersuchungen aufgenommen mit der Fragestellung, mit welchen Maßnahmen und mit welchem Finanzierungskonzept eine dauerhafte Sicherheit in diesem Gebäude gewährleistet werden kann. Hierüber werde die Verwaltung zu gegebener Zeit weiter berichten.

9. Jahresarbeitsplan Bauleitplanung - Mdl. Bericht der Verwaltung

Frau Strüwe-Rosenbaum stellt in einer Präsentation die Stabstelle 4.12b – Bauleitplanung Wohnen im Fachdienst 4.12 – Stadtentwicklung, Wirtschaft und Liegenschaften mit ihrer personellen Ausstattung vor und geht im Anschluss auf die hier bearbeiteten Projekte im Einzelnen näher ein. Frau Strüwe-Rosenbaum schließt ihren Vortrag mit einer Zusammenstellung weiterer Projekte, die aus Sicht der Verwaltung, so die entsprechenden personellen Ressourcen im Stab verfügbar wären, ins Verfahren gestellt werden könnten, um weitere Wohnbauflächen zu schaffen.

Im Verlauf der Aussprache wird in mehreren Wortbeiträgen die Empfehlung und Bitte an die Verwaltung gerichtet, den Themenblock der weiteren, aus Sicht der Verwaltung zwar wünschenswerten, aber mangels entsprechender Ressourcen von ihr nicht in die Bearbeitung aufzunehmen Projekte noch einmal näher zu betrachten und hierbei Ideen und Vorschläge zu entwickeln und aufzuzeigen, wie man diese Projekte – etwa durch eine Aufstockung der Personalkapazitäten oder auch durch eine Vergabe an Dritte oder durch andere Maßnahmen – zeitnah starten könnte, weil – wie auch von ihr selbst bereits dargelegt – damit neben zusätzlichen Ausgaben auch zusätzliche Einnahmen für die Stadt generiert werden könnten.

Auf Bitten von Herrn Kucharczyk wird die Präsentation „Bauleitplanung Wohnen“ als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Der Ausschuss nimmt die Berichterstattung der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis.

**10. Kommunalen Wohnbauflächenpotentialatlas
Vorlage: 15/4964**

Herr Heinze fasst Inhalt und Zielsetzung des von der Verwaltung vorgelegten Kommunalen Wohnbauflächenpotentialatlas noch einmal zusammen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis.

**11. Gestaltungsleitfaden Innenstadt - Beschluss
Vorlage: 15/5199**

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der der Drucksache 15/5199 beigefügte Gestaltungsleitfaden für den öffentlichen Raum Innenstadt Remscheid wird als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt zieht gem. Ziffer 5.3 der Hauptsatzung der Stadt Remscheid die dem Haupt-, Finanz-, und Beteiligungsausschuss gem. § 41 Abs. 2 GO NRW übertragene, nicht ausschließlich in die Zuständigkeit des Rates fallende Entscheidung (Ziffer 16.2 der Hauptsatzung, Ziffer 2 Nr. 1 der Zuständigkeitsordnung) für die folgenden Beschlüsse an sich:

Der als Anlage 1 beigefügte Gestaltungsleitfaden Innenstadt wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Gestaltungsleitfaden öffentlich zugänglich zu machen und die Verwaltung, die technischen Betriebe sowie die städtischen Tochterunternehmen über den Beschluss und die Anwendung zu benachrichtigen.

**12. Gestaltungshandbuch Innenstadt - Beschluss
Vorlage: 15/5207**

Herr Wieber gibt an dieser Stelle sinngemäß zu Protokoll, dass seiner Meinung nach die Ausarbeitung und Verabschiedung eines Gestaltungshandbuchs wie heute von der Verwaltung vorgelegt allein nicht ausreicht, um die Ziele des Städtebaulichen Entwicklungskonzepts

tes zur Revitalisierung der Innenstadt Remscheid zeitnah umzusetzen. Hierfür sei seines Erachtens vielmehr die Aufstellung und Beschlussfassung über ein entsprechendes Regelwerk in Form einer Satzung zwingend erforderlich.

Herr Mähler stellt daraufhin den Beschlussvorschlag der Verwaltung in der vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr modifizierten Fassung zur Abstimmung.

Das der Drucksache 15/5207 beigefügte Gestaltungshandbuch für Einzelhandel und Gastronomie Innenstadt Remscheid wird als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt zieht gem. Ziffer 5.3 der Hauptsatzung der Stadt Remscheid die dem Haupt-, Finanz-, und Beteiligungsausschuss gem. § 41 Abs. 2 GO NRW übertragene, nicht ausschließlich in die Zuständigkeit des Rates fallende Entscheidung (Ziffer 16.2 der Hauptsatzung, Ziffer 2 Nr. 1 der Zuständigkeitsordnung) für die folgenden Beschlüsse an sich.

Das Gestaltungshandbuch Innenstadt wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gestaltungshandbuch öffentlich zugänglich zu machen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gestaltungshandbuch allen betroffenen Immobilieneigentümern und Gewerbetreibenden zuzusenden.

13. Einziehung des südlichen Teils des Fußweges im Bereich der Alma-Mühlhausen-Straße Vorlage: 15/5066

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der der Drucksache 15/5066 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung der von der Verwaltung zur Einziehung vorgeschlagenen Verkehrsfläche des südlichen Teils des Fußweges im Bereich der Alma-Mühlhausen-Straße wird als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der in anliegendem Planausschnitt markierte südliche Teil des Fußweges im Bereich der Alma-Mühlhausen-Straße wird gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der derzeit gültigen Fassung eingezogen.

Es handelt sich hierbei um die Flurstücke Gemarkung Remscheid Flur 220 Flurstücke 211 und 212.

Die Absicht der Einziehung ist gemäß § 7 Abs. 4 StrWG NRW öffentlich bekannt zu machen.

Liegen nach Ablauf der in § 7 Abs. 4 StrWG NRW genannten Frist von drei Monaten Einwendungen gegen die beabsichtigte Einziehung vor, so sind diese dem Rat der Stadt zur Entscheidung und zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen.

14. Widmung der Straße „An der Tuchwiese“ Vorlage: 15/5239

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der der Drucksache 15/5239 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung der von der Verwaltung zur Widmung vorgeschlagenen Verkehrsfläche der Straße „An der Tuchwiese“ wird als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach Maßgabe der §§ 6 und 14 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der derzeit gültigen Fassung, wird die in der Anlage 1 zur Widmung schwarz umrahmt dargestellte Verkehrsfläche der Straße „An der Tuchwiese“ gemäß § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW dem öffentlichen Verkehr als Gemeindestraße gewidmet, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen.

Es handelt sich hierbei um die Flurstücke Gemarkung Lennep Flur 14 Flurstücke 146, 148 und 149.

Der Gemeingebrauch der Flurstücke Gemarkung Lennep Flur 14 Flurstücke 148 und 149 wird auf keine Verkehrsart, der Gemeingebrauch des Flurstücks Gemarkung Lennep Flur 14 Flurstück 146 – in der Anlage 1 gepunktet dargestellt – wird auf den Fußgängerverkehr beschränkt.

**15. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für die bauliche und technische Unterhaltung sowie Sicherheitsdienste und Hausmeistervertretungen in städt. Gebäuden
Vorlage: 15/5231**

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Gemäß § 83 GO NRW werden im Produkt 1.12.01 (Gebäudemanagement) bei der Teilergebnisplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - Haushaltsmittel in Höhe von **286.000 Euro** zur Leistung überplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2018 bereitgestellt.

Die hierfür erforderliche Deckung erfolgt in gleicher Höhe aus dem Produkt 16.01.01 – Steuern, allgemeine Zuweisungen bei Teilergebnisplanzeile 15 – Transferaufwendungen.

**16. P+R im Umfeld des Haltepunktes Bf Lennep
Vorlage: 15/5334**

Auf Bitten von Frau Stippe Kohl werden alle Wortbeiträge sinngemäß zu Protokoll genommen.

Herr Fey stellt in einer Präsentation vor, wie und unter welchen Voraussetzungen man aus Sicht der Verwaltung auf dem nördlich der Brücke Schlachthofstraße, westlich der Bahnlinie gelegenen Flurstück 285 mit einer Anbindung an das öffentliche Straßennetz über das Flurstück 286 einen P+R Parkplatz im Umfeld des Haltepunktes Bahnhof Lennep einrichten könnte.

Wie Herr Fey hierzu ausführt sei man sich in Politik und Verwaltung grundsätzlich einig, dass im Umfeld des Haltepunktes Bahnhof Lennep ein dringender Bedarf an weiteren Flächen für eine P+R-Nutzung besteht. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung entsprechende Untersuchungen aufgenommen und sich hierbei auf die Flurstücke 285 und 286 konzentriert. Während das Flurstück 285 der BahnflächenEntwicklungsGesellschaft NRW mbH - (BEG) gehöre, sei das Flurstück 286, das sich in der Örtlichkeit als eine Verkehrsfläche darstelle, in Privateigentum.

In einer ersten groben Entwurfs-Skizze habe die Verwaltung aufzeigen können, dass man auf dem Flurstück 285 ca. 80 Stellplätze einrichten könnte. Daher sei die Verwaltung zu dem Schluss gekommen, dass man hier ein interessantes Grundstück gefunden habe und dass es sich lohne, weitere Untersuchungen für eine P+R-Lösung durchzuführen. Zu diesem Zweck habe die Verwaltung auch bereits Kontakt aufgenommen zum VRR Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und hier in Erfahrung gebracht, dass der VRR einer solchen Konzeption sehr

positiv gegenüberstehe. So habe der VRR eine Förderung grundsätzlich in Aussicht gestellt, soweit und sofern die hierfür notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden könnten.

Dafür müsse man – so Herr Fey weiter – zum einen neben dem Flurstück 285 auch das Flurstück 286 käuflich erwerben, weil für eine öffentlich-rechtliche P+R-Anlage auf dem Flurstück 285 auch eine öffentlich-rechtliche Zuwegung über das Flurstück 286 erforderlich sei. Zum anderen müsse man im Wege eines Bebauungsplanverfahrens entsprechendes Bau-recht schaffen und beide Grundstücke widmen. Sofern das Flurstück 285 heute noch als Bahnfläche geführt werden sollte, sei hier zusätzlich noch eine entsprechende Entwidmung zu veranlassen.

In dem Bebauungsplanverfahren selbst seien neben Fragen zum Verkehrslärm weitere Themenfelder wie etwa die Entwässerung – nach Aussage der Technischen Betriebe Remscheid seien die vorhandenen Kanäle schon heute gut ausgelastet, so dass man hier weitere technische Lösungen wie beispielsweise eine Stauraumkanal-Lösung prüfen müsse, die Tragfähigkeit des Bodens – es stehe zu vermuten, dass es sich hier um einen aufgeschütteten Bereich handelt und etwaige Altlasten zu untersuchen.

Zur Höhe der zu erwartenden Förderung wie auch zur Höhe der Kosten für Grunderwerb, Planung und Untersuchungen auch durch Externe könne die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt noch keine seriösen Angaben machen.

Sofern der Ausschuss die Verwaltung mit dem in vorliegender Drucksache formulierten Auftrag betraue werde sie mit Blick auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen für 2019 und 2020 kurzfristig die entstehenden Kosten ermitteln und eine entsprechende Finanzierungsplanung erstellen. In 2019 könne man dann mit den entsprechenden Planungen beginnen und die Gespräche mit dem VRR als Fördergeber fortführen. So das Finanzierungskonzept stehe und keine unerwarteten Schwierigkeiten auftreten könne man nach realistischer Einschätzung der Verwaltung in 2022 mit der Realisierung der Planung beginnen.

Frau Gerber begrüßt das von der Verwaltung vorgestellte Konzept der Schaffung eines zusätzlichen P+R Parkplatzes am Bahnhof Lennep und regt zugleich an, dass die Verwaltung in diesem Zusammenhang dann auch prüfen möge, ob und inwieweit es möglich wäre, über dieses Gelände den Fuß- und Radweg „Balkantrasse“ in Richtung Lüttringhausen weiterzuführen.

Herr Fey stellt hierzu fest, dass die Verwaltung die hier aufgeworfene Frage nach einer möglichen Verlängerung der Balkantrasse über das in Rede stehende Gebiet bereits in ihre Überlegungen mit aufgenommen habe und auch in konkretisierter Form weiter verfolgen werde, wenn sich im Zuge der parallel laufenden Untersuchungen von denkbaren Trassenführungen für eine Verlängerung der Balkantrasse diese Alternative als zu favorisierende Lösung herausstellen sollte.

Herr Kucharczyk bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass man voraussichtlich jetzt, nachdem man nach seiner Erinnerung schon in 2016 auf den dringenden Bedarf an P+R Plätzen am Standort Bahnhof Lennep wie auch an weiteren Punkten im Stadtgebiet wie Guldenwerth und anderen Orte hingewiesen habe, den ersten Aufschlag zur Schaffung eines neuen P+R Parkplatzes werde machen können, dem dann – so seine Erwartung – demnächst noch weitere folgen werden. Allerdings bittet Herr Kucharczyk die Verwaltung darum noch ergänzend darzulegen, wie weit die von ihr erwähnte Förderung der Maßnahme durch den VRR unter realistischen Gesichtspunkten betrachtet als gesichert angesehen werden kann, so dass man die berechnete Erwartung haben kann, dass an dem vorgestellten Standort am Bahnhof Lennep in absehbarer Zeit wie von ihr beschrieben tatsächlich ein neuer P+R Parkplatz entstehen wird. Des Weiteren bittet Herr Kucharczyk die Verwaltung darum aufzuzeigen, mit welchem groben Kostenrahmen sie das gesamte Projekt kalkuliert,

um wenigstens ansatzweise eine Vorstellung darüber gewinnen zu können, welche Investition hier im Raum steht.

Herr Heinze nimmt zu der Anfrage Stellung und erklärt, dass die Verwaltung hierzu wie bereits an anderer Stelle ausgeführt hier und jetzt noch keine verlässliche Aussage treffen könne. Vielmehr habe die Verwaltung wie von ihr beschrieben verschiedene Bausteine identifiziert, die zu bearbeiten seien, damit eine seriöse Kostenschätzung vorgenommen werden könne. So habe die Verwaltung beispielsweise einen ersten Kontakt zu dem Eigentümer des vorgestellten Straßengrundstückes aufgenommen. Auch mit der BEG habe man bereits erste Vorgespräche geführt. Diese Gespräche müsse man jetzt fortsetzen und weiter vertiefen. Über die Ergebnisse könne die Verwaltung erst in einer folgenden Sitzung berichten.

Frau Stippe Kohl rät im Namen der CDU-Fraktion dringend dazu, dass der Ausschuss den Beschlussvorschlag der Verwaltung erweitern und ergänzend mit aufnehmen möge dass die zum Nutzbarmachen der von der Verwaltung ins Auge gefassten Fläche für Park & Ride-Zwecke erforderlichen Investitionsmittel in den Doppelhaushalt 2019/2020 mit einzustellen sind. Des Weiteren empfiehlt Frau Stippe Kohl, in den Beschluss des Ausschusses mit aufnehmen, dass die planungsrechtlichen Voraussetzungen, sprich die Einleitung und Durchführung des Bebauungsplanverfahrens, zeitnah zu schaffen sind.

Im Übrigen bittet Frau Stippe Kohl die Verwaltung darum, diese Angelegenheit auch der Bezirksvertretung 3 – Lennep zur Beratung vorzulegen.

Herr Klück schlägt mit Blick auf den von den P+R-Nutzern zurückzulegenden Fußweg zwischen ihrem auf dem in Rede stehenden Parkplatz abgestellten Fahrzeug und dem Bahnsteig des Haltepunktes Lennep als Alternative vor, mit dem Eigentümer der auf dem Gelände Robert-Schumacher-Straße 6 stehenden Parkpalette Kontakt aufzunehmen und zu eruiieren, ob und inwieweit es unter Umständen denkbar wäre, dass man diese beiden nach seiner Einschätzung dem Bahnsteig des Haltepunktes näher gelegenen Parkdecks aufstockt und zu einem Parkhaus ausbaut in einer Art und Ausführung, wie man sie am Hauptbahnhof Remscheid vorfinde.

Herr Heinze macht an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass die Verwaltung in ihrer vorliegenden Beschlussvorlage auch noch weitere alternative Vorstellungen zu Parkkonzepten erwähnt habe, die möglicherweise auch ohne ein Bebauungsplanverfahren umzusetzen wären.

Nach Aussprache stellt Herr Mähler den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit den von der CDU-Fraktion zum Antrag erhobenen Ergänzungen zur Abstimmung.

Die Präsentation „P+R Parkplatz am Bahnhof Lennep“ wird auf Bitten von Frau Stippe Kohl als **Anlage 6** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Umfeld des Haltepunktes Bf. Lennep weitere P+R-Parkflächen zu prüfen, deren Förderfähigkeit zu ermitteln, den erforderlichen Grunderwerb einzuleiten und die planungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zeitnah zu schaffen.

Die erforderlichen Investitionsmittel zum Nutzbarmachen der von der Verwaltung ins Auge gefassten Fläche für Park & Ride-Zwecke sind in den Doppelhaushalt 2019/2020 einzustellen.

- 17. Vermarktung der Flächen im Gewerbegebiet am Lennep Bahnhof (Grundstück 9 und 10) stoppen und Einrichtung von P&R-Parkplätzen prüfen
Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 15/5087**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Mähler schließt die Sitzung.

gez. _____
Ernst Otto Mähler
Vorsitzender

gez. _____
Hans-Ulrich Dattner
Schriftführer/in